

Stadt Mahlberg

Ortenaukreis

2. Änderungssatzung zur Satzung

für den

Bebauungsplan

"Feldstraße"

=====

Der Gemeinderat der Stadt Mahlberg hat am 07.04.2008 die 2. Änderung des Bebauungsplans "Feldstraße" unter Zugrundelegung der nachstehenden Rechtsvorschriften als Satzung beschlossen:

§§ 1 – 4 und 8 – 10, 13 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I, Seite 2414)

§§ 1 – 23 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I, Seite 132)

§§ 1 – 3 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und Darstellung des Planinhalts (PlanzVO 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I, Seite 58)

§ 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 08.08.1995 (GBl. Seite 617)

§ 4 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. Seite 582, berichtigt Seite 698)

§ 1 Gegenstand der Änderung

Gegenstand der Änderung ist der zeichnerische Teil des Bebauungsplans.

§ 2 Bestandteile der Bebauungsplanänderung

Die Bebauungsplanänderung besteht aus: dem zeichnerischen Teil Maßstab 1:1000

Beigefügt ist:

1. eine Begründung
2. ein Übersichtsplan Maßstab 1:10.000

§ 3 Inhalt der Änderung

Der zeichnerische Teil des Bebauungsplans wurde wie folgt geändert:

1. a) Die Feldstraße (Fahrbahn) wurde auf eine Straßenbreite von 7 m für den LKW-Verkehr aufgeweitet.
b) der bisher gesehen Standort für eine Trafostation nördlich der Feldstraße wird gestrichen. Dafür werden südlich der Feldstraße zwei Trafostationen neu vorgesehen.
2. Der geänderte zeichnerische Teil wird als Deckblatt in den Bebauungsplan eingearbeitet.

§ 4 Inkrafttreten

1. Die Satzungsänderung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.
2. Gleichzeitig treten in diesem Bereich die bisherigen Festsetzungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans außer Kraft.

Mahlberg, den 08.04.2008




Benz, Bürgermeister

„Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie in der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung bei diesem Bebauungsplan sind nach § 215 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn

- die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel bei der Abwägung nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Anträge nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung sind unzulässig, soweit mit ihnen Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragssteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuches über die Geltendmachung von Planungsentschädigungsansprüchen durch Antrag an den Entschädigungspflichtigen (vgl. § 44 Abs. 1 und 2 BauGB) im Falle der in den §§ 39-42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile und auf das nach § 44 Abs. 4 BauGB mögliche Erlöschen der Ansprüche, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von 3 Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.“